

Regierung von Mittelfranken

Promenade 27

91522 Ansbach

Raumordnungsverfahren (ROV) betreffend den Ersatzneubau der Juraleitung von Raitersaich bis Altheim – meine Einwendungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von TenneT zur Prüfung auf Raumverträglichkeit vorgelegten Unterlagen weisen zahlreiche Unstimmigkeiten auf. Zusammen mit grundlegenden Fehlern bei dieser Planung sehe ich kaum eine Möglichkeit, diesem Vorhaben zuzustimmen. Ich beantrage daher die Ablehnung dieser Planungen durch die untersuchende Behörde.

Zum Beispiel ist auf dem Streckenabschnitt westlich von Ludersheim auf ca. 15 km eine Waldüberspannung geplant. Da die Masten der Waldüberspannung mit bis zu 100 m deutlich höher werden, ist von einer Fundamentfläche mit Schutzstreifen von 529 m² (27 x 27 m) auszugehen. Bei einem Mastabstand von 400m sind auf 15 km ca. 37 Masten erforderlich, welche zusammen eine Grundfläche von 19,5 ha benötigen. Die notwendigen Zufahrtswege zu jedem Masten bedeuten zusätzliche Rodungen. Da es sich bei diesen benötigten Flächen um Bannwald / Schutzwald handelt, ist dieser Eingriff abzulehnen.

Eine Waldüberspannung erscheint auch im Zuge der steigenden Waldbrandgefahr (Klimaerwärmung, trockene Sommer) nicht sehr sinnvoll.

Weitere Waldrodungen stehen in Ludersheim an, da dort wegen der fehlenden Abstandsmöglichkeiten Erdverkabelung geplant ist. Damit entfällt auch der Lärmschutz zur nahe gelegenen Autobahn. Wie ein mittig positionierter Trinkwasserspeicher umgangen werden kann, ist völlig unklar.

Wissenschaftliche Bodenuntersuchungen bei Kabeln dieser Leistungsstärke sind noch nicht verfügbar. Es ist davon auszugehen, dass die Biodiversität, Grundwasserflüsse, aber auch die landwirtschaftliche Nutzung der Oberflächen bei Erdverkabelung wegen der hohen Temperaturen (ca. 70 Grad am Kabel, bis zu 5 Grad an der Oberfläche) auf Dauer zerstört werden.

Eine weitere Zumutung ist die Unvollständigkeit der zu prüfenden Unterlagen. Es ist noch immer offen, wo in Ludersheim das dann notwendige zweite Umspannwerk, oder auch die Kabelübergangsanlagen errichtet werden sollen. Der Streckenverlauf in diesen Bereichen ist somit unbekannt. Wie kann man dazu Stellung nehmen? Bezogen auf die dort zur Verfügung stehende Fläche scheint eine verträgliche Lösung äußerst fraglich.

Offen sind damit auch die Verknüpfung der beiden Umspannwerke, sowie die Einbindung der dort heute bereits ankommenden Trassen aus dem Verteilnetz.

In einem erkennbar undemokratischen Verfahren wurde mit der Verabschiedung des Bundesbedarfsplangesetzes im Januar für das Vorhaben Juraleitung eine „energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebes festgestellt.“ Beides trifft nicht zu, was durch Wissenschaftler (TU München, TU Berlin, DIW Berlin, Prof. Jarass und weitere) in der letzten Zeit mehrfach festgestellt wurde.

Ich mache darauf aufmerksam, dass meine Einwendungen weitergegeben müssen, sollte es doch zu weiteren Verfahrensschritten kommen. Dieses Projekt, von dem wenige zu Lasten vieler, insbesondere auch zu Lasten der Umwelt, profitieren, darf nicht realisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

.....

.....
Datum

.....
Name, Vorname

.....
Anschrift